

26. September 2013

Zusammenfassung der Parlamentssitzung mit den Ergebnissen von heute Donnerstag, 26. September 2013

Stadtparlament nimmt Kenntnis von der Legislaturplanung 2013-2016

Heute Donnerstag, 26. September 2013, hat das Wiler Stadtparlament von der Legislaturplanung 2013-2016 des Stadtrats ebenso Kenntnis genommen wie vom Bearbeitungsstand der parlamentarischen Vorstösse und vom Jahresbericht 2012 der Thurvita AG. Zudem hat das Parlament ein Postulat «Lichtkonzept für die Stadt Wil» überwiesen. Sodann wurde die stadträtliche Berichterstattung zu einem Postulat «Gerechte Lastenverteilung bei polizeilichen Aufgaben» beraten und als erledigt abgeschrieben.

42 von 45 Mitgliedern des Stadtparlaments waren an der Sitzung anwesend. Für die ganze Sitzung entschuldigt waren Franz Mächler (glp), Erwin Schweizer (CVP) und Luc Kauf (GRÜNE prowil). Bis 17.45 Uhr entschuldigt war Patrick Bernold (CVP). Eugen Melliger (FDP) war ab 18.15 Uhr entschuldigt, Silvia Ammann (SP) ab 20.00 Uhr, Roland M. Bosshart (CVP) ab 20.10 Uhr und Susanne Gähwiler (SP) ab 20.20 Uhr.

1. Legislaturplanung 2013 – 2016

a) Zusammenfassung des Berichts und Antrags des Stadtrats

Erarbeitung und Kommunikation: Die Legislaturplanung stellt gegenüber dem Stadtparlament und der Bürgerschaft eine politische Absichtserklärung dar. Sie nennt die Schwerpunktthemen und zeigt auf, wie sich die Stadt Wil entwickeln soll. Sie gibt in diesem Sinne die Marschrichtung der stadträtlichen Politik bekannt, ohne indes zum Korsett zu werden – der Stadtrat ist gewillt, darüber hinaus auf unvorhergesehene Ereignisse schnell und flexibel zu reagieren.

Der Stadtrat hat an zwei Klausurtagungen im Februar und März 2013 zusammen mit den Departementsekretärinnen und -sekretären sowie Mitarbeitenden der Stadtkanzlei und an vier Stadtratssitzungen die Legislaturplanung 2013 – 2016 intensiv diskutiert und erarbeitet. Anlässlich seiner Sitzung vom 8. Mai 2013 hat der Stadtrat die Legislaturplanung verabschiedet und gleichentags der Öffentlichkeit präsentiert.

Für die konkrete Umsetzung der Legislaturplanung ist der Stadtrat insbesondere auf die Mitwirkung aller Mitarbeitenden der Stadtverwaltung angewiesen. Dem Stadtrat war es daher ein Anliegen, die Mitglieder des Kaders der Stadt Wil aus erster Hand über die Ergebnisse der Legislaturplanung zu informieren, damit die Inhalte anschliessend in die Teams und letztlich in die gesamte Stadtverwaltung weitergetragen und im Verwaltungsalltag verankern werden. Dazu fand am 8. Mai 2013 ein erster Kaderanlass statt, ein zweiter Teil zu den jeweiligen Massnahmen zu den Legislaturzielen ist nach den Sommerferien vorgesehen.

Inhaltliche Gliederung: Ausgehend von den verschiedenen Anspruchs- und Bedürfnisgruppen, welche in der Stadt Wil zusammen leben, arbeiten und lernen, wurden visionäre Vorstellungen für die weitere Entwicklung der Stadt Wil diskutiert und in einem «Leitstern» stichwortartig verwesentlicht. Dieser «Leitstern» soll nicht bloss den Zeitraum der vierjährigen Legislatur 2013–2016 abdecken, sondern darüber hinausreichen.

In einem nächsten Schritt wurden aus diesem «Leitstern» sechs Handlungsfelder entwickelt, welche thematisch und inhaltlich abgegrenzt sind. Zur Bearbeitung dieser Handlungsfelder wurden insgesamt 26 Legislaturziele für die Zeit bis 2016 definiert, welche mit Massnahmen weiter konkretisiert werden. Der Massnahmenkatalog legt die einzelnen Schritte fest, welche zur Erreichung der Legislaturziele notwendig sind und in den Handlungsfeldern sichtbar werden. Handlungsfelder, Legislaturziele und Massnahmen sind so ausgerichtet, dass sie ihren jeweiligen kleinen oder grösseren Beitrag dazu leisten, dass sich die Stadt Wil Schritt für Schritt in die Richtung bewegt, welche der «Leitstern» vorgibt.

- **Handlungsfeld 1:** In Wil leben heisst willkommen sein – als Mensch oder als Unternehmen – und sich dank positiver Rahmenbedingungen geborgen fühlen sowie entfalten und entwickeln können.
- **Handlungsfeld 2:** Wil bietet Vielfalt auf überschaubarem Raum. Die Stadt ist als Wohn-, Wirtschafts-, Arbeits-, Kultur- sowie Bildungs- und Sportstadt reichhaltig und einzigartig.
- **Handlungsfeld 3:** Wil festigt sich als drittgrösste Stadt im Kanton St.Gallen und als wichtiges Zentrum auf der Achse St.Gallen–Winterthur. Auf diesem tragfähigen Fundament entwickelt Wil seine Zukunft.
- **Handlungsfeld 4:** Wil geht einen beharrlich ökologischen Weg – bei allen Entscheidungen in Bezug auf Projekte sowie auch im Alltag.
- **Handlungsfeld 5:** Wil ist lebendig, neugierig, weltoffen und ausgeglichen – im Alltag sowie auch bezüglich neuer, zukunftsgerichteter Ideen.
- **Handlungsfeld 6:** Wil ist sicher und handelt verantwortungsvoll in allen Bereichen der Gesellschaft.

Anträge des Stadtrats:

1. Es sei festzustellen, dass von der Legislaturplanung 2013 – 2016 Kenntnis genommen wurde.

b) Zusammenfassung des Kurzberichts der vorberatenden Kommission

Die siebenköpfige, ständige Geschäftsprüfungskommission (GPK) unter dem Vorsitz von **Klaus Rüdiger (SVP)** hat das Geschäft vorberaten. Die GPK schliesst sich dem Antrag 1 des Stadtrates an und stellt keine eigenen Anträge.

c) Eintretensdebatte

Eintreten auf die Legislaturplanung ist obligatorisch. Es wurde keine Eintretensdebatte geführt; **Parlamentspräsident Michael Sarbach** erhob Eintreten zum Beschluss.

d) Allgemeinde Diskussion

Einleitend zeigte **Klaus Rüdiger (SVP; Präsident der GPK)** noch einmal die Arbeit der GPK als vorberatenden Kommission auf. Man begrüsse insbesondere, dass mit den detaillierten Massnahmen auch ein Kontroll- und Messinstrument für die Zielerreichung gegeben ist. Das einzige, was die GPK als ein Stück weit „problematisch“ erachte, sei - insbesondere vor dem Hintergrund der Gemeindevereinigung und den damit verbundenen Aufgaben – die Fülle der Ziele, die da angestrebt werden.

Stadtpräsidentin Susanne Hartmann hielt fest, dass die Zielsetzungen der Legislaturplanung in der Tat vielfältig und auch ambitiös seien – man müsse sich im Leben aber Ziele bewusst hoch setzen. Erstmals sei die Legislaturplanung in enger Zusammenarbeit des Stadtrats mit den Departementssekretärinnen und -sekretären erarbeitet worden – dies trage zur internen Verankerung der Ziele innerhalb der Verwaltung bei. Auch zwei Anlässe, an denen die Ziele und die zugeordneten Massnahmen den Kadermitarbeitenden der Stadtverwaltung nicht nur vorgestellt, sondern auch mit diesen diskutiert worden sind, tragen zu dieser Verankerung und Identifizierung bei. Sodann diene die Massnahmenliste, die sehr detailliert ist, als Controlling-Instrument, dessen Ergebnisse auch in die Geschäftsberichte der laufenden Legislatur einfließen werden. Abschliessend zeigte sie die Struktur der Legislaturplanung vom Leitstern über die sechs Handlungsfelder mit den jeweiligen Zielen bis hin zu den jeweils zugeordneten Massnahmen auf und erläuterte zur Illustration zu jedem Handlungsfeld eine konkrete Massnahme.

Daniel Stutz (GRÜNE prowil) hielt fest, dass die Legislaturplanung ein wichtiges Führungsinstrument sei, welches einen grossen Beitrag an die Effizienz und Effektivität der Arbeit der Verwaltung leisten könne. Ganz grundsätzlich erkenne man indes im Prozess, wie die Legislaturplanung erarbeitet worden sei, einen wesentlichen Mangel: Eingeflossen sei nur die Innensicht des Stadtrats – die wertvolle Ergänzung um eine Aussensicht, welche die Akzeptanz und öffentliche Verankerung der Planung stärken könne, fehle indes. Er mache sich nicht für eine vorgängige Beratung im Stadtparlament stark, sondern für eine Vernehmlassung bei den Parteien. Auch eine Verabschiedung der Massnahmen im Rahmen einer rollenden Planung würde man begrüssen, so Daniel Stutz. Allenfalls könne hierfür die Legislaturplanung in zwei Bereiche unterteilt werden – in einen allgemeinen, vierjährigen Teil und in einen konkreten, einjährig zu aktualisierenden Teil. Ebenfalls kritisierte Daniel Stutz die Einordnung der Massnahmen in zeitlicher Hinsicht wie auch die Angabe von konkreten Messgrössen – beide Aspekte seien zu wenig präzise und nachprüfbar. So bestehe beispielsweise Definitionsbedarf, was etwa unter dem Begriff «attraktiver Schulstandort» zu verstehen sei. **Stadtpräsidentin Susanne Hartmann** entgegnete, dass es sich bei den Legislaturzielen ganz bewusst um ein Arbeitsinstrument der Exekutive handle. Würde man vorgängig eine Vernehmlassung bei den Parteien durchführen, so wären sicherlich ganz unterschiedliche, sich auch diametral widersprechende Rückmeldungen das Ergebnis – und wie wäre dann zu entscheiden, welche Ziele nun in welcher Form genau in die Legislaturplanung aufzunehmen seien?

Katja Hegelbach (SP) hielt fest, dass die SP die Legislaturplanung des Stadtrats und die darin enthaltenen vielfältigen und anschaulich formulierten Ziele begrüsse: Daraus sei ablesbar, dass sich in Wil etwas bewege – und das sei gut so. Das einzige, was man vermisse, sei eine klarere Priorisierung.

Die transparente Präsentation des Prozesses für die Erarbeitung dieser Legislaturplanung wie auch der Inhalte begrüßte **Nathanael Trüb (SVP)** namens seiner Fraktion und lobte auch die in der Legislaturplanung abzulebende Absicht, zukunftsgerichtet und mit Weitsicht zum Wohle der Stadt Wil zu handeln. Kritik übte Nathanael Trüb am Leitstern – dieser sei «klar als einzelnes Gestirn am Abendhimmel zu sehen und nicht in einzelnen Bruchstücken im Stile einer Milchstrasse», wie dies mit den einzelnen Begriffen in diesem Leitstern der Fall sei. Diese Wortwolke wirke «eher zerfleddernd, de-fokussierend und überladen». Nathanael Trüb machte eine «Konzentrierung und Konsolidierung» beliebt, ganz im Sinne des Mottos «weniger ist mehr». Anschliessend ging Nathanael Trüb als «konstruktive, proaktive Kritik» auf einzelne Ziele ein.

Eine Legislaturplanung informiere die Bevölkerung über die politische Agenda der Exekutive, zeigte **Jigme Shitsetsang (FDP)** den Zweck dieses Instrumentes auf. Seine Fraktion begrüße nicht nur den transparenten, partizipativen Prozess der Erarbeitung dieser Legislaturplanung, sondern auch den Umstand, dass in diese Legislaturplanung gewisse Inputs aus vergangenen Jahren eingeflossen. Was indes – wie schon in vorangegangenen Legislaturen – fehle, seien konkrete Jahresziele und Priorisierungen der einzelnen Ziele und Massnahmen. Eine solche Priorisierung würde sich sicherlich auch positiv auf die Aussagekraft und Substanz der nächsten Geschäftsberichte auswirken.

Erika Häusermann (glp) anerkannte namens ihrer Fraktion die grosse Fleissarbeit des Stadtrats, die in dieser Legislaturplanung ablesbar sei – der zeitliche Aufwand mit zwei Legislaturen und diversen Sitzungen sei enorm. Enttäuscht sei man von der Broschüre, die in alle Haushalte verschickt worden sei – diese enthalte «viele Gemeinplätze, wirke unverbindlich und könne in jeder beliebigen Gemeinde in der gleichen Form erscheinen». Sodann sei die inhaltliche Gliederung unlogisch und unübersichtlich – statt einer Einteilung der 26 Massnahmen in sechs Handlungsfelder hätte sich die glp eine engere, klarere thematische Gliederung gewünscht. Zudem handle es sich in den Augen der glp eher um eine Auslegeordnung – für echte Ziele würden finanzielle oder zeitliche Aspekte fehlen. Abschliessend hielt Erika Häusermann fest, dass der Umfang der Legislaturplanung sehr umfangreich und ambitiös sei, insbesondere auch angesichts der finanziellen Rahmenbedingungen der Stadt Wil.

Namens der CVP-Fraktion lobte **Christoph Hürsch (CVP)** die stadträtliche Legislaturplanung als Ergebnis eines Prozesses, der sowohl «bottom-up» als auch «top-down» gut verankert und nachvollziehbar sei. Die Legislaturplanung zeige klar einen Weg auf, auf dem der Stadtrat voranschreiten wolle, um die Zukunft der Stadt Wil konstruktiv und nachhaltig zu gestalten. Die CVP nehme die Legislaturplanung «mit Freude» zur Kenntnis.

e) Detailberatung

Christoph Hürsch (FDP) bezog sich in seinen Detailausführungen auf das in Ziel 2.2 in Aussicht gestellte aktiv ausgerichtete Standortmarketing: Damit werde ein wichtiges Anliegen angegangen, wofür er sich bedankte. In Bezug auf das Handlungsfeld 3 kritisierte **Christoph Hürsch (CVP)** das Ziel des Stadtrats, sich als «drittgrösste Stadt im Kanton» zu positionieren. Es müsse viel eher das Ziel sein, sich als «qualitativ beste Stadt im Kanton» zu positionieren – dies sei eine erstrebenswerte Positionierung.

Guido Wick (GRÜNE prowil) kritisierte die in Ziel 3.5 festgehaltene Unterstützung des Agglomerationsprogramms der Regio Wil, welches neben dem Autobahnanschluss Wil West auch die Grünaustrasse als Element enthalte. Vor zehn Jahren sei dieses Strassenprojekt an der Urne überaus deutlich abgelehnt worden, ein Entschieden des Stimmvolkes, den es auch heute noch zu respektieren gelte – und dennoch solle der Bau der Grünaustrasse jetzt «unter dem Deckmantel des Agglo-Programms» wieder auf die Traktandenliste gesetzt werden. Guido Wick kündigte «Frontalopposition in allen Verkehrsfragen» an, sollte der Stadtrat an dieser Zielsetzung, die Grünaustrasse zu realisieren, festhalten.

f) Abstimmungen

1. Antrag des Stadtrats: Es sei festzustellen, dass von der Legislaturplanung 2013 – 2016 Kenntnis genommen wurde.

Parlamentspräsident Michael Sarbach stellte dies fest.

2. Bearbeitungsstand der parlamentarischen Vorstösse

a) Zusammenfassung des Berichts und Antrags des Stadtrats

Ausgangslage: Gemäss Geschäftsreglement des Stadtparlaments unterbreitet der Stadtrat dem Stadtparlament jährlich Bericht über den Bearbeitungsstand der noch nicht erledigten, erheblich erklärten Motionen und Postulate. Zudem werden die weiteren pendenten Vorstösse und die erledigten Vorstösse aufgelistet. Die nachfolgenden Ausführungen geben den Stand per 11. September 2013 wieder.

Anhängige Motionen und Postulate: Insgesamt 6 Motionen und 5 Postulate sind mit Stand vom 11. September 2013 anhängig.

- **Revision des städtischen Baureglements** – Motion Urs Kuhn, FDP, 27 Mitunterzeichnete, mit abgeändertem Wortlaut erheblich erklärt am 6. Juli 2006: Die Planungskommission und der Stadtrat haben dem neuen Baureglement im Dezember 2012 im Grundsatz zugestimmt. Die Vorprüfung des neuen Baureglements beim Kanton St. Gallen ist ebenfalls abgeschlossen. Es ist vorgesehen, die öffentliche Auflage des neuen Baureglements vor den Sommerferien 2013 durchzuführen.
- **Soziale Durchmischung im gesamten Stadtgebiet** – Postulat Luc Kauf, GRÜNE prowil, 10 Mitunterzeichnete, erheblich erklärt am 7. Juli 2011. Der Stadtrat hat den Bericht an seiner Sitzung vom 11. September 2013 zu Händen des Stadtparlaments verabschiedet.
- **Vergütung und Förderung der Stromeinspeisung** – Postulat Silvia Ammann, SP, 18 Mitunterzeichnete, erheblich erklärt am 1. Dezember 2011: Das Geschäft bleibt nach wie vor abhängig von Entscheiden auf Stufe Bund. Es darf damit gerechnet werden, dass die KEV-Revision (kostendeckenden Einspeisevergütung) am 1. Januar 2014 in Kraft treten wird.
- **Lastenverteilung bei polizeilichen Aufgaben** – Postulat Klaus Rüdiger, SVP, 22 Mitunterzeichnete, erheblich und dringlich erklärt am 7. Juni 2012. Der Stadtrat hat den Bericht an seiner Sitzung vom 3. Juli 2013 zu Händen des Stadtparlaments verabschiedet.
- **Ein Platz für Wil** – Postulat Dario Sulzer, SP, 10 Mitunterzeichnete, mit Präzisierungen erheblich erklärt am 27.09.2012: Die Stossrichtung des Postulats deckt sich mit den Überlegungen des Stadtrats. Es kann somit bis 2015 Bericht über das weitere Vorgehen erstattet oder allenfalls eine terminliche Verschiebung begründet werden.

- **Sollarrappen für Wil** – Motion Guido Wick, GRÜNE prowil, 5 Mitunterzeichnete, mit abgeändertem Wortlaut in ein Postulat umgewandelt und erheblich erklärt am 8. November 2012: Das kommunale Energiekonzept für die Bereiche Wärme und Strom wird demnächst vom Stadtrat zu Händen des Stadtparlaments verabschiedet. Dieses orientiert sich an den Zielsetzungen der 2000-Watt-Gesellschaft. Ergänzend zum Energiekonzept wird ein Energierichtplan zur räumlichen Koordination von bestimmten Teilzielen erstellt. Zudem soll das Konzept dabei um den Bereich Mobilität ergänzt werden. Das Stadtparlament hat bereits das Reglement über den Fonds für Energiespar- und Förderbeiträge beschlossen. Der Stadtrat hat dieses Reglement sowie das entsprechende Vollzugsreglement per 1. April 2013 in Kraft gesetzt. Speziell zu erwähnen ist, dass die parlamentarische Werkkommission bei der Beratung des Reglements zum Schluss gelangte, dass im neuen Fondsreglement die Beiträge zur Förderung von Photovoltaik-Anlagen vorerst unverändert übernommen werden sollen, da zurzeit eine wirksame Förderung mangels vorhandener KEV-Mittel des Bundes einen erheblichen Mitteleinsatz der Stadt Wil in der Grössenordnung der gesamten vorgesehenen jährlichen Fondseinlage bedingen könnte. Die Departemente Bau, Umwelt und Verkehr sowie Versorgung und Sicherheit sind derzeit daran, festzulegen, wie die Zielsetzungen des Energiekonzepts in Bezug auf die Photovoltaik-Anlagen konkret erreicht werden können auch unter Berücksichtigung der bevorstehenden KEV-Revision, die die Entwicklung der Photovoltaik in Wil massgebend prägen wird.
- **Für einen zeitgemässen Immissionsschutz** – Motion Sebastian Koller, GRÜNE, Junge Grüne & KulturfreundInnen, 5 Mitunterzeichnete, mit abgeändertem Wortlaut in ein Postulat umgewandelt und erheblich erklärt am 25. April 2013: Dabei wird der Stadtrat eingeladen, dem Stadtparlament einen Bericht über ein zeitgemässes Immissionsschutzreglement zu unterbreiten, welches die Lärmschutzverordnung von 1974 ersetzt und auf der Basis der vom Kanton St. Gallen erstellten Vorlage auszuarbeiten sei. Der Bericht solle zudem Ansätze für weitere, nicht-reglementarische Massnahmen aufzeigen, mit denen die Bevölkerung und die Umwelt vor Immissionen geschützt bzw. Emissionen von vornherein vermieden werden können.
- **Corporate Governance bei städtischen Beteiligungen** – Motion Norbert Hodel, FDP, 21 Mitunterzeichnete, erheblich erklärt am 25. April 2013: Der Stadtrat wird beauftragt, dem Stadtparlament Bericht und Antrag vorzulegen für eine Beteiligungsstrategie und die Einführung von klaren Regelungen für die Public Corporate Governance. Dabei solle insbesondere auch die Interessenkollision bei Mandaten vermieden werden, indem diese in geeigneter Weise ausgelagert werden. Zudem seien, falls die Stadt durch Behördenvertreter oder städtische Mitarbeitende Einsitz in Führungsgremien nehme, die Vergütungen aus solchen Mandaten zwingend dem all-gemeinen Stadthaushalt zuzuführen.
- **Neuorganisation der kommunalen Schulbehörde** – Motion Adrian Bachmann, FDP, 15 Mitunterzeichnete, mit abgeändertem Wortlaut erheblich erklärt am 25. April 2013. Der Stadtrat wird eingeladen, dem Stadtparlament über eine zeitgemässe Neuorganisation der kommunalen Schulbehörde, welche den geänderten Rahmenbedingungen in sachdienlicher Weise Rechnung trägt, Bericht und Antrag zu erstatten.
- **Strategie TBW** – Postulat Mario Breu, FDP, 7 Mitunterzeichnete, erheblich erklärt am 23. Mai 2013: Der Stadtrat wird eingeladen, dem Stadtparlament in allgemeiner Form und der Geschäftsprüfungs- sowie der Werkkommission detailliert anhand einer umfassenden Analyse die Stärken und Schwächen, Chancen und Gefahren der TBW aufzuzeigen und eine daraus folgende Strategie in Einklang mit dem öffentlichen Auftrag zu unterbreiten.
- **Separate Kunststoffsammlung** – Motion Bruno Ressegatti, GRÜNE prowil, 5 Mitunterzeichnete, erheblich erklärt am 23. Mai 2013: Der Stadtrat wird beauftragt, dem Stadtparlament Bericht und Antrag zur Einführung einer Kunststoffsammlung zu unterbreiten.

Weitere pendente Vorstösse: Insgesamt 2 Motionen, 0 Postulat, 0 Interpellationen und 0 Anfragen sind mit Stand vom 11. September 2013 pendent.

Erledigte Vorstösse: Von Mitte März 2012 bis Mitte September 2013 haben Stadtrat und Stadtparlament insgesamt 29 parlamentarischen Vorstösse – 6 Motionen, 0 Postulate, 18 Interpellationen und 3 Dringlich erklärte Interpellationen, 2 Anfragen – erledigt.

Anträge des Stadtrats:

1. Es sei festzustellen, dass das Stadtparlament vom Bericht über den Bearbeitungsstand der parlamentarischen Vorstösse (Stand: 11. September 2013) Kenntnis genommen hat.

b) Zusammenfassung des Kurzberichts der vorberatenden Kommission

Die siebenköpfige, ständige Geschäftsprüfungskommission (GPK) unter dem Vorsitz von **Klaus Rüdiger (SVP)** hat das Geschäft vorberaten. Die GPK schliesst sich dem Antrag 1 des Stadtrates an und stellt keine eigenen Anträge.

c) Eintretensdebatte

Eintreten auf die Berichterstattung zum Bearbeitungsstand der parlamentarischen Vorstösse ist obligatorisch. Es wurde keine Eintretensdebatte geführt; **Parlamentspräsident Michael Sarbach** erhob Eintreten zum Beschluss.

d) Detailberatung

Einleitend hielt **Klaus Rüdiger (SVP; Präsident der GPK)** fest, dass die Auflistung zum Bearbeitungsstand der parlamentarischen Vorstösse übersichtlich sei und die Kommission bei der Bearbeitung der Vorstösse auch keine bewusste zeitliche Verzögerung ausgemacht habe. Daher stelle die GPK auch keine eigenen Anträge. Die Kommission kritisiere lediglich den Umstand, dass bei den abgeschriebenen Vorstössen nicht aufgezeigt werde, wie zufrieden die einzelnen Vorstoss-Verfassenden mit der Beantwortung des Stadtrats jeweils gewesen seien.

e) Abstimmungen

1. Antrag des Stadtrats: Es sei festzustellen, dass das Stadtparlament vom Bericht über den Bearbeitungsstand der parlamentarischen Vorstösse (Stand: 11. September 2013) Kenntnis genommen hat.

Parlamentspräsident Michael Sarbach stellte dies fest.

3. Jahresbericht der Thurvita AG über das Geschäftsjahr 2012

a) Zusammenfassung des Berichts und Antrags des Stadtrats

Ende Juni 2012 wurde der Zweckverband Pflegezentrum Fürstenu Wil aufgelöst und in die Thurvita AG umgewandelt. Die drei Zweckverbandsgemeinden Bronschhofen, Niederhelfenschwil und Wil haben dazu ihre Vermögensanteile an die Thurvita AG übertragen und erhielten dementsprechende Anteile am Kapital der Aktiengesellschaft. Mit diesem ersten Schritt bestand erstmals ein handlungsfähiger Kern, der rechtsgültig Geschäfte im Namen der neuen gemeinnützigen Aktiengesellschaft Thurvita abschliessen konnte.

Der Jahresbericht 2012 beschränkt sich im Wesentlichen auf diese Kerngesellschaft, welche aus der Umwandlung des Zweckverbands Pflegezentrum Fürstenu entstanden ist.

Anträge des Stadtrats:

1. Es sei festzustellen, dass das Stadtparlament vom Jahresbericht der Thurvita AG über das Geschäftsjahr 2012 Kenntnis genommen hat.

b) Eintretensdebatte

Eintreten auf den Jahresbericht der Thurvita AG über das Geschäftsjahr 2012 war unbestritten, es wurde keine Eintretensdebatte geführt; **Parlamentspräsident Michael Sarbach** erhob Eintreten zum Beschluss.

c) Detailberatung

Einleitend hielt **Klaus Rüdiger (SVP; Präsident der GPK)** fest, dass der Thurvita-Geschäftsbericht 2012 noch eher kurz ausgefallen sei, was aber mit Blick auf die noch nicht so lange operative Tätigkeit der Thurvita nachvollziehbar sei – die GPK erwarte allerdings für das nächste Jahr einen ausführlicheren Bericht. **Stadtrat Dario Sulzer (Vorsteher des Departements Soziales, Jugend und Alter)** bestätigte dies: Der Umfang sei in der Tat noch klein, weil die Thurvita noch kein volles Betriebsjahr absolviert habe. Daher umfasse der Bericht vorerst nur die Kernbereiche, in Zukunft werde dieser Bericht „detaillierter und spannender“ ausfallen. Sodann hielt er fest, dass die Thurvita gut aufgestellt und vor allem auch gut gestartet – mit dieser Institution könne ein innovativer, wirkungsvoller Weg für die Pflege und Betreuung alter und betagter Menschen beschritten werden.

Norbert Hodel (FDP) kritisierte, dass er immer noch „Unstimmigkeiten“ feststelle hinsichtlich der Sonderabschreibungen auf Liegenschaften, welche vor dem Übergang an die Thurvita AG erfolgt seien. **Stadtrat Dario Sulzer (Vorsteher des Departements Soziales, Jugend und Alter)** führte aus, dass die Liegenschaft Fürstenu nach der Erweiterung und Sanierung im Jahr 2012 wieder habe genutzt werden können – es sei folgerichtig, deshalb im gleichen Jahr auch die entsprechenden Abschreibungen vorzunehmen.

Ihm fehle in diesem Bericht der Thurvita AG eine Ausgangsbilanz, hielt **Christoph Hürsch (CVP)** fest. Er sei gespannt, wie am 31. Dezember 2013 dann die Bilanzen 2012 und 2013 und deren Gegenüberstellungen aussehen.

d) Abstimmungen

1. Antrag des Stadtrats: Es sei festzustellen, dass das Stadtparlament vom Jahresbericht der Thurvita AG über das Geschäftsjahr 2012 Kenntnis genommen hat.

Parlamentspräsident Michael Sarbach stellte dies fest.

4. Postulat Klaus Rüdiger (SVP): Gerechte Lastenverteilung bei polizeilichen Aufgaben – Berichterstattung

a) Zusammenfassung des Postulats

Klaus Rüdiger (SVP) reichte zusammen mit 22 Mitunterzeichneten am 1. März 2012 dem Stadtrat das Postulat mit der Überschrift «Gerechte Lastenverteilung bei polizeilichen Aufgaben» ein. Die Stadt Wil habe polizeiliche Aufgaben übernommen, welche durch die Funktion der Stadt Wil als regionales Zentrum mit verursacht würden. Für eine erhöhte Polizeipräsenz und für die Erfüllung gemeindepolizeilicher Aufgaben zahle die Stadt Wil einen zu hohen Preis. Der Postulant fordert den Stadtrat auf, die Folgen einer Kündigung der «Vereinbarung über die Erfüllung gemeindepolizeilicher Aufgaben auf dem Gebiet der Stadt Wil» vom 1. April 2002 zu prüfen. Die Stadt Wil leiste mit der Stadtpolizei die freiwillige, finanzielle Übernahme einer kantonalen Aufgabe, denn die Polizeihöhe liege verfassungsrechtlich beim Kanton. Im Bericht an das Parlament sollen die Auswirkungen einer Kündigung der Vereinbarung auf die Polizeipräsenz sowie die finanziellen Folgen auf den städtischen Haushalt aufgezeigt werden.

b) Anträge des Stadtrats und Begründung

1. Es sei festzustellen, dass das Stadtparlament vom vorliegenden Bericht Kenntnis genommen hat.
2. Das Postulat sei als erledigt abzuschreiben.

Begründung: Sicherheit ist eine wesentliche Voraussetzung für das Wohlbefinden und Lebensqualität. Die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung zählt darum zu den grundlegenden Aufgaben des Gemeinwesens. Sicherheit ist zudem ein wichtiger Standortfaktor, sei es für die Bevölkerung oder für die Wirtschaft. Ob die Sicherheit gewährleistet ist, wird sehr stark auch vom subjektiven Empfinden beeinflusst.

Gemäss Art. 9 Polizeigesetz (sGS 451.1) erlässt der Gemeinderat die nach den örtlichen Verhältnissen erforderlichen Anordnungen zur Wahrung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Die politische Gemeinde kann gemäss Art. 23 für gemeindepolizeiliche Aufgaben eigene Polizeikräfte unterhalten. In Art. 13 werden die gemeindepolizeilichen Aufgaben aufgelistet: a) die Ausübung der Sicherheitspolizei; b) die Überwachung des ruhenden Verkehrs; c) die polizeiliche Ermittlung im Strafverfahren bei Übertretungen, die durch die Polizeikräfte der Gemeinde mit Bussenerhebung auf der Stelle geahndet werden; d) die Ausführung von Aufträgen für Verwaltungsorgane der Gemeinde.

Verschiedene Vorstösse aus dem Stadtparlament hatten in den letzten Jahren das Thema Sicherheit zum Inhalt. So wurden etwa Fragen zu Massnahmen des Stadtrats zur Erhöhung der objektiven Sicherheit oder zur Besetzung der Polizeistation Wil gestellt. Im Bericht «Erhöhung der Sicherheit im öffentlichen Raum» hat der Stadtrat die Thematik ausführlich dargelegt. Im Bericht zum Vereinigungsbeschluss der politischen Gemeinden Bronschhofen und Wil ist sodann erwähnt, dass der Bestand der Stadtpolizei um eine halbe Stelle erhöht werden soll, weil mit der Vereinigung der beiden Gemeinden das Einsatzgebiet der Stadtpolizei auf das Gemeindegebiet Bronschhofen ausgedehnt werden soll. Aufgrund fehlender personeller Ressourcen kann die Kantonspolizei diesem Ansinnen voraussichtlich nicht entsprechen.

Die Stadtpolizei Wil wurde im Jahr 1995 auf Grund von zwei Postulaten aus dem damaligen Gemeindeparlament explizit mit der Absicht gegründet, die bestehende Polizeipräsenz der Kantonspolizei mit eigenen Polizeikräften zu verdichten. Die Stadtpolizei Wil übernimmt zwar auch Aufgaben, die über die gesetzliche Verpflichtung der Kantonspolizei hinausgehen. Mit dem Wegfall der Stadtpolizei würde aber ein wichtiges Element der städtischen Massnahmen zur Gewährleistung der Sicherheit verloren gehen. Auf Grund der personellen Situation bei der Kantonspolizei und der finanziellen Lage der Kantonsfinanzen ist es sehr unwahrscheinlich, dass die Kantonspolizei St.Gallen gewillt und in der Lage wäre, diesen Wegfall an Polizeipräsenz zu kompensieren.

c) Stellungnahme des Postulanten und Diskussion

Klaus Rüdiger (SVP) hielt einleitend fest, dass es bei seinem Vorstoss keineswegs darum gehe, das Sicherheitsdispositiv der Stadt Wil zu schmälern oder sicherheitspolizeiliche Leistungen herunterzuschrauben. Der Mix der Sicherheitselemente aus Kantonspolizei, Stadtpolizei und privaten Sicherheitsdiensten sei funktional und zweckmässig.

Stadtrat Daniel Meili (Vorsteher des Departement Versorgung und Sicherheit) hielt fest, dass ein Ersatz der geleasteten Polizeikräfte durch unbewaffnete, externe Mitarbeitende eines Sicherheitsdienstes nicht zielführend sei – dadurch würde die Sicherheit geschmälert, ohne Kosten einzusparen. Man wolle daher an der Leasing-Lösung festhalten.

Der Postulant **Klaus Rüdiger (SVP)** bedankte sich beim Stadtrat für die Beantwortung seines Vorstosses. Es sei ihm bewusst, dass stadtpolizeiliche Kräfte, welche infolge einer Kündigung der Leasing-Vereinbarung wegfallen würden, wohl kaum einfach durch die Kantonspolizei ersetzt werden würden – insbesondere auch mit Blick auf die angespannte finanzielle Lage des Kantons. Der Bericht lasse sich demnach wohl ganz einfach zusammenfassen: «Die Stadt Wil bezahlt weiter, um keine Sicherheitseinbusse zu riskieren.» Die Fragen seien zwar nach einem scheinbar recht intensiven Kontakt zu kantonalen und polizeilichen Stellen beantwortet worden. Das zugrunde liegende Thema der zentralörtlichen Lasten, welche die Stadt Wil nicht nur im Bereich der Sicherheit zu tragen habe, sei indes nicht wirklich angegangen worden. Hier habe er sich mehr Engagement seitens der Stadt erwartet, um diesen finanziell weitreichenden Themenbereich ernsthaft anzupacken – auch in Zusammenarbeit mit anderen Gremien wie etwa der Vereinigung der St.Galler Gemeindepräsidenten VSGP. Er sei mit dem städtischen Bericht «nicht zufrieden» und spreche sich daher dafür aus, das Postulat nicht abzuschreiben.

Stadtpräsidentin Susanne Hartmann bestätigte die Aussagen von Klaus Rüdiger, dass tatsächlich ein Ungleichgewicht bestehe bei den finanziellen Lasten, welche Städte und grössere Gemeinden zu tragen haben im Vergleich mit kleineren Gemeinden. Die Stadt Wil sei in diesem Bereich aktiv, auch im Zusammenspiel mit der VSGP. In diesem Sinne sei «das Problem sehr wohl erkannt».

Sebastian Koller (GRÜNE prowil) zeigte sich namens seiner Fraktion «wenig begeistert» über den Postulatsbericht: Er sei nicht fundiert und nicht ergebnisoffen, wie er vom Stadtrat damals angekündigt worden sei. Zudem

entspreche er nicht den «qualitativen Vorstellungen, welche seine Fraktion von einem solchen Bericht» habe. So schein der Aufbau des Berichts beliebig und wenig stringent, zudem fehle eine klare Auflistung von positiven und negativen Fakten sowie vor allem auch deren Gegenüberstellung und Gewichtung. Zudem beleuchte der Vergleich mit Rapperswil-Jona nur die negativen Aspekte der dortigen Lösung, eine Würdigung der positiven Seiten fehle völlig. Ganz grundsätzlich vermisse er die Substanz in diesem Bericht, kritisierte Sebastian Koller: Der Erkenntnisgewinn und die Aussagenkraft seien «eher gering», die darin enthaltenen Aussagen seien «Handgeleak mal pi» und nicht fundiert.

Die FDP-Fraktion setze sich seit längerem schon für Sicherheitsbelange in der Stadt Wil ein, führte **Adrian Bachmann (FDP)** aus. Dennoch gelte es, auch darauf zu achten, dass Sicherheit bezahlbar bleibe. Die Aussagen im vorliegenden Bericht seien ernüchternd: Eine Kündigung der Vereinbarung mit dem Kanton spare keine Kosten ein, sondern führe nur zu einem Abbau an polizeilichen Leistungen, wobei auch die Auslagerung an einen privaten Sicherheitsdienst keine echte Alternative seien. Wenn am heutigen Leistungsumfang festgehalten werden solle, müssen auch die bisherigen Kosten weiterhin getragen werden – es sei eben nicht so einfach, die Kosten für polizeiliche Leistungen einfach an andere zu übertragen, wie vielleicht da und dort erhofft worden sei. Daher stelle sich die FDP hinter den Bericht und auch hinter den Antrag des Stadtrats, das Postulat von Klaus Rüdiger abzuschreiben.

In die gleiche Kerbe schlug auch **Roman Rutz (EVP)**: Die CVP-Fraktion stelle sich hinter den Antrag des Stadtrats, das Postulat abzuschreiben.

d) Abstimmungen

1. Antrag des Stadtrats: Es sei festzustellen, dass das Stadtparlament vom vorliegenden Bericht Kenntnis genommen hat.

Parlamentspräsident Michael Sarbach stellte dies fest.

2. Antrag des Stadtrats: Das Postulat sei als erledigt abzuschreiben.

Der Antrag des Stadtrates wurde mehrheitlich angenommen. Das Postulat wird als erledigt abgeschrieben.

5. Motion Norbert Hodel (FDP): Beschäftigungsgrad Stadratsmitglieder sowie Departementssekretärinnen und -sekretäre – Erheblicherklärung

a) Zusammenfassung der Motion

Norbert Hodel (FDP) hat zusammen mit 14 Mitunterzeichneten eine Motion mit der Überschrift «Finanzielle Einsparungen aufgrund getätigter Auslagerungen von städtischen Aufgaben sowie Neuanpassung des aktuellen Beschäftigungsgrades der Stadratsmitglieder und der Departementssekretariate in den einzelnen Departementen» eingereicht. Dabei stellt er folgenden Antrag: Der Stadtrat sei zu beauftragen, dem Parlament Bericht und Antrag zu unterbreiten, welcher das zukünftige Einsparpotential (finanzielle und Stellenprozente) sowie eine optimierte Verwaltungsführung (Departementssekretariate) aufzeigt, welche in den letzten Jahren aufgrund von

den genannten Auslagerungen von städtischen Aufgaben (insbesondere beim Departement «Soziales, Jugend und Alter») an externe Organisationen (wie z.B. Zweckverbände, Aktiengesellschaften usw.) entstanden sind.

b) Antrag des Stadtrats und Begründung

Antrag: Die Motion sei nicht erheblich zu erklären.

Begründung: Eine zentrale Aufgabe in der laufenden Legislatur wird die Schaffung einer neuen, definitiven Gemeindeordnung sein. Der Konstituierungsrat, welcher für die Vorbereitung der vorläufigen Gemeindeordnung verantwortlich zeichnete, hatte sich zum Ziel gesetzt, im Prozess der Vorbereitung der vorläufigen Gemeindeordnung nur die notwendigen Änderungen vorzunehmen. Ausdrücklich hiess es in der Abstimmungsbroschüre vom 27. November 2011 in einer Überschrift: «Bewusst möglichst wenige Änderungen». Im Weiteren wird ausgeführt: «Über allfällige weitergehende Änderungen soll dann im Rahmen der definitiven Gemeindeordnung breit diskutiert und entschieden werden.»

Dem Stadtrat ist es nun ein Anliegen, in einem breit abgestützten Vorgehen eine neue und zukunftsgerichtete Gemeindeordnung zu erarbeiten und sie anschliessend dem Stadtparlament und den Stimmberechtigten zu unterbreiten. Der Stadtrat hat im Rahmen der Antwort auf die Anfrage von Kilian Meyer (SP) «Partizipative Schaffung der neuen Gemeindeordnung» ausgeführt, dass für die eigentliche inhaltliche Erarbeitung der Gemeindeordnung das Jahr 2014 vorgesehen ist und im Jahr 2015 der politische Prozess, also die Beratung im Stadtparlament und die Vorlage für die Stimmberechtigten, erfolgt. Im Weiteren hat der Stadtrat darauf hingewiesen, dass es sich bei der Gemeindeordnung um ein Projekt von grosser Tragweite sowie zukunftsweisendem Charakter handelt, weshalb die Bevölkerung in einem partizipativen Prozess einzubinden ist. Demzufolge wurde auch ein entsprechendes Legislaturziel der Amtsdauer 2013 – 2016 formuliert.

Der Stadtrat wird im Rahmen der Erarbeitung der Gemeindeordnung die Verwaltungsstruktur einschliesslich Organisation des Stadtrats mittels einer externen Studie im Sinne einer gesamtheitlichen, zukunftsgerichteten und ergebnisoffenen Betrachtungsweise analysieren lassen. Gestützt auf diese Analyse werden unter Berücksichtigung der bestmöglichen Bewältigung der bestehenden und kommenden Aufgaben die notwendigen Massnahmen diskutiert und in der Folge umgesetzt. Der Stadtrat erachtet dies als sinnvolles Vorgehen.

Die Motion, deren Wortlaut ausschliesslich und unmissverständlich auf Einsparpotential bei Stadtrat und Departementssekretariaten beschränkt ist, greift daher zum einen inhaltlich zu kurz und gibt zum anderen bereits eine definitive Richtung vor. Um auszuschliessen, dass diese zu enge, vorseilende Einschränkung später ungeachtet der ermittelten Analyseergebnisse als einzige verbindliche Zielgrösse gewertet werden könnte, beantragt der Stadtrat, seinem ergebnisoffenen Vorgehen den Vorzug einzuräumen und somit konsequenterweise die Motion als nicht erheblich zu erklären.

Zusammenfassend ist der Stadtrat der Auffassung, dass die Verwaltungsstruktur nicht auf einen einzelnen Teilbereich fokussiert, sondern gesamtheitlich, zukunftsorientiert, ergebnisoffen und mit Blick auf eine optimale Aufgabenerfüllung analysiert werden soll – dazu ist der Stadtrat bereit. Zudem ist der Stadtrat überzeugt, dass sich aus dieser Analyse wertvolle Diskussionen ergeben werden, welche aufzeigen, wie die Stadt Wil ihre Aufgabenerfüllung noch weiter optimieren kann. So ist es nach Auffassung des Stadtrats richtig, die Motion als nicht erheblich zu erklären und dem Vorgehensplan des Stadtrats den Vorzug zu geben.

c) Stellungnahme des Motionärs

Es könne nicht sein, dass der Stadtrat zwar städtische Leistungen und Arbeiten auslagere, auf der anderen Seite dann aber keine Optimierungen und Anpassungen der eigenen Strukturen und Ressourcen ins Auge fassen, hielt **Norbert Hodel (FDP)** fest. In diesem Sinne sei er vom Antrag des Stadtrats auf Nicht-Erheblicherklärung enttäuscht, wenn auch nicht überrascht. Enttäuscht sei er über die Stellungnahme zur Motion, welche eigentlich nur eine Auflistung der zu erledigenden Arbeiten und Aufgaben beinhalte – statt konstruktive Lösungen aufzuzeigen. Dabei verweise der Stadtrat unter anderem auf die Mehrbelastung infolge der Gemeindevereinigung oder der Auslagerung von Aufgaben beispielsweise in die Thurvita AG. Er bestreite nicht, dass auf der operativen Ebene, also für die Mitarbeitenden der Verwaltung, sicherlich Mehraufwand und zusätzliche Arbeiten entstanden seien. Hingegen, so Norbert Hodel, müssten die Mitglieder des Stadtrats doch vor allem auf einer strategischen Ebene tätig sein – das sei aber eine Ebene, die durch die Vereinigung von Wil und Bronschhofen oder auch durch die Thurvita-Auslagerung nicht massgeblich zusätzlich belastet worden sei. Es sei nicht Aufgabe des Stadtrats, auf operativer Ebene tätig zu sein – solche Aufgaben seien an die entsprechend zuständigen Dienststellen und Mitarbeitenden zu delegieren. Die in Aussicht gestellte «gesamtheitliche, zukunftsorientierte und ergebnisoffene Verwaltungsanalyse im Rahmen der Erarbeitung der Gemeindeordnung» begrüsse er daher. Ebenfalls gerne gesehen habe er die Ausführungen des Stadtrats, die «möglichst optimale Ausgestaltung der Verwaltungsstruktur als Daueraufgabe» zu betrachten und sich «stets um Optimierung» zu bemühen. Die Aussagen des Stadtrats und sein Antrag auf Nicht-Erheblicherklärung seien aber eigentliche «Abwehrstrategien» – man wolle die eigenen Strukturen nicht hinterfragen, um so die eigenen Pensen und Ressourcen ja nicht der Kritik auszusetzen oder zu gefährden.

Stadtpräsidentin Susanne Hartmann hielt fest, dass Norbert Hodel mit seinem Vorstoss «offene Türen einrennen». An seiner letzten Sitzung habe sich der Stadtrat mit dem Thema einer externen, umfassenden Verwaltungsanalyse befasst – man werde schon bald eine solche ergebnisoffene Analyse in Auftrag geben. Dies solle aber im Zusammenhang mit der Erarbeitung der definitiven Gemeindeordnung der Stadt Wil erfolgen – dies sei der richtige Ort und Zeitpunkt, um sich und die eigenen Strukturen mit kritischem Blick zu prüfen. Bestehende Verwaltungsstrukturen sollen, so Susanne Hartmann, im Sinne eines kontinuierlichen Prozesses laufend hinterfragt werden, um so die städtischen Aufgaben noch effizienter und optimaler erfüllen zu können. Auf die Frage von **Norbert Hodel**, ob diese Analyse auch zu Einsparungen führen werde, hielt **Susanne Hartmann** fest, dass die Analyse bewusst offen erfolgen solle, nicht unter der einzigen Prämisse eines Sparpotentials: Es gehe darum, umfassende Fakten zu erhalten, auf deren Basis anschliessend fundiert diskutiert und entschieden werden könne. Dabei sei das Ziel des Stadtrats stets eine «effiziente, kundenorientierte Verwaltung».

Mario Schmitt (SVP) zeigte «Sympathie mit der Motion Hodel», seine Fraktion werde denn auch die Erheblicherklärung des Vorstosses unterstützen – zumal Stadtpräsidentin Susanne Hartmann ja betont habe, der Vorstoss renne offene Türen ein. Einzelne Punkte der stadträtlichen Stellungnahme würden indes «stützig machen»: Er sei nicht sicher, wie ergebnisoffen die Analyse ausfallen werde, wenn sich der Stadtrat in seinen Ausführungen gleichsam schon gegen ein mögliches Sparpotential ausspreche.

Kilian Meyer (SP) bezeichnete den Vorstoss und ihr Anliegen als «unnötig und unseriös»: Der Stadtrat habe ja bereits ausgeführt, dass im Rahmen der Erarbeitung der Gemeindeordnung in einem partizipativen Prozess auch die Verwaltungsstrukturen und die Organisation der Exekutive hinterfragt werden soll. Zudem habe der Stadtrat auch die Ergebnisoffenheit der Analyse betont – das könne bedeuten, dass sich tatsächlich ein Sparpotential abzeichne, es könne aber auch bedeuten, dass die Analyse gar einen Bedarf an zusätzlichen Ressourcen ausweise. Er selber, so Kilian Meyer, wäre von letzterem nicht überrascht – es sei ein offenes Geheimnis, dass die Stadträtinnen und Stadträte ein sehr hohes Arbeitspensum zu bewältigen haben, trotz einer gewissen Entlastung durch die Departementssekretärinnen und -sekretäre. Die Motion sei «unsachlich», zumal sie in ihrem Kern

«tendenziös auf nur ein einzelnes Departement, nämlich das Departement Soziales, Jugend und Alter, abziele», schloss Kilian Meyer. Er sprach sich dafür aus, die Motion nicht erheblich zu erklären.

Die Verwaltungsstruktur sei nicht auf einzelne Verwaltungsteile zu fokussieren, halte der Stadtrat in seiner Stellungnahme fest – das sei ja genau auch das Anliegen des Motionärs, der die in seinem Vorstoss genannten Beispiele explizit als «nicht abschliessend» bezeichne, führte **Daniel Gerber (glp)** aus. Die Motion beziehe sich auf eine ganzheitliche, gesamthafte Überprüfung der Verwaltungsstrukturen, welche von der glp begrüsst werde. Seine Fraktion spreche sich daher für eine Erheblicherklärung des Vorstosses aus.

Guido Wick (GRÜNE prowil) hielt fest, dass seine Fraktion den Antrag des Stadtrats folge. Gerade die Aussage von Stadtpräsidentin Susanne Hartmann, der Vorstoss renne offene Türen ein, bestärke ihn in dieser Haltung: Vor diesem Hintergrund sei die Motion zurückzuziehen – an einem Bericht festzuhalten hiesse, der Verwaltung zusätzliche und unnötige Arbeit aufzubürden. Dies sei aber weder effizient noch notwendig, weil es sich um eine parallele Arbeit handeln würde – einerseits die vom Stadtrat vorgesehene Verwaltungsanalyse und andererseits die Berichterstattung zur Motion mit quasi gleichem Inhalt. Und wem käme es denn in den Sinn, «noch zusätzlich Milch zu bestellen, wenn doch schon Milch geliefert wird?» Sodann kritisierte Guido Wick, dass der Vorstoss alleine auf ein Departement abziele – das könne nicht sein.

Christoph Hürsch (CVP) sprach sich namens der CVP-Fraktion für die Unterstützung des stadträtlichen Antrags auf Nicht-Erheblicherklärung aus. Zeitpunkt und Aufgabenstellung seien nicht richtig. Im Vorstoss werde allerdings nicht explizit auf ein einzelnes Departement, sondern auf den Stadtrat abgezielt – das erwähnte Departement Soziales, Jugend und Alter werde nur als anschauliches Beispiel herangezogen.

Als **GPK-Präsident** begrüsst **Klaus Rüdiger** die vom Stadtrat vorgesehene Verwaltungsanalyse. Er machte beliebt, dass die GPK in angemessenen Etappen über Zwischenergebnisse und Erkenntnisse dieser Analyse informiert werde – allenfalls könne die Kommission gewisse wertvolle Inputs einfließen lassen.

Am Ende der Diskussion zog **Motionär Norbert Hodel (FDP)** seine Motion zurück.

d) Abstimmungen

1. Antrag des Stadtrats: Die Motion sei nicht erheblich zu erklären.

Dieser Antrag kam nicht zur Abstimmung, da der Vorstoss zurückgezogen wurde.

6. Motion Urs Etter (FDP): Lichtkonzept für die Stadt Wil (Plan Lumière) – Erheblicherklärung

a) Zusammenfassung der Motion

Urs Etter (FDP) hat zusammen mit 19 Mitunterzeichneten eine Motion betreffend Lichtkonzept für die Stadt Wil eingereicht. Das Licht spiele eine entscheidende Rolle hinsichtlich unseres Wohlbefindens und der Qualität unseres alltäglichen Lebens. Der Mensch nehme 80 Prozent der Sinneseindrücke über seine Augen wahr, deshalb sei eine künstliche Beleuchtung mit hoher Qualität unerlässlich. Ein «Lichtkonzept für die Stadt Wil» solle als Grund-

lage zur Initiierung und Beurteilung von Projekten sowohl von öffentlicher wie auch privater Seite dienen. Es basiere auf einer stadt- und strassenräumlichen Interpretation und gehe auf die unterschiedlichen Anliegen ein, z.B.: Sicherheit, Lichtemissionen, Hell- und Dunkelräume, Energieverbrauch, Orientierung im Stadtraum, Photometrische Eigenschaften usw. Die Umsetzung des Konzepts ordne sich in den laufenden Planungsprozess der Stadt ein und gelte als ergänzender Bestandteil des Richtplanes. Der Stadtrat sei deshalb zu beauftragen, dem Parlament Bericht und Antrag zur Ausarbeitung eines Gesamtkonzepts für die Beleuchtung des öffentlichen Raums „Lichtkonzept für die Stadt Wil“ zu unterbreiten.

b) Antrag des Stadtrats und Begründung

Antrag: Die Motion sei nicht erheblich zu erklären.

Begründung: Die französische Stadt Lyon hat 1989 weltweit als erste Stadt einen Lichtmasterplan über den öffentlichen Raum erstellt und setzt diesen seither laufend um. Verschiedene Städte in der Schweiz haben das Thema ebenfalls aufgegriffen. Alle haben als erstes ein Konzept mit einer Auslegeordnung durch ein externes Büro erarbeiten lassen. Dieses zeigt den Handlungsbedarf auf und gibt die Zielrichtung vor. Auf dessen Grundlage wurden dann Rahmenkredite für die Umsetzung über mehrere Jahre gesprochen (Stadt Zürich Fr. 8,0 Mio. für sechs Jahre oder Stadt Luzern Fr. 7,0 Mio. zeitlich unbeschränkt). Zug bevorzugt eine «rollende Planung» und beantragt für jedes Projekt einen separaten Kredit. Die einzelnen Projekte werden in der Regel, ähnlich wie Bauvorhaben, unter Lichtdesignern ausgeschrieben oder es werden Wettbewerbe durchgeführt. Während die Stadt Zürich beim privaten Licht (Schaufenster, Gebäude) die Privaten als Partner zu gewinnen versucht, hat die Stadt Luzern Empfehlungen und Richtlinien für die «kommerzielle» private Beleuchtung auf der Grundlage eines Reglements ausgearbeitet und bietet eine Beratung durch Fachleute an. Dazu wurde auch ein «Beirat Plan Lumière» aus mehrheitlich verwaltungsexternen Fachexperten gebildet. Die Stadt Zug ist zurzeit daran, die rechtlichen Grundlagen für das private Licht auszuarbeiten.

Letztere könnten auch für die Stadt Wil ohne grossen Aufwand erlassen werden, wie das Beispiel der Stadt Luzern zeigt. Deren «Kunstlichtreglement» umfasst lediglich zwei Seiten, der darin enthaltene Grundsatzartikel ist die Rechtsvoraussetzung für die Umsetzung eines Plan Lumière. Die Formulierung dazu lautet: «Der Stadtrat erlässt den Plan Lumière mit den massgebenden gestalterischen und ökologischen Grundsätzen. Beleuchtungsanlagen, die den öffentlichen Raum betreffen, sind bewilligungspflichtig. Der Stadtrat regelt Art und Umfang der Bewilligung in den Richtlinien für den Plan Lumière.» Zudem sind Punkte wie Allgemeinbeleuchtung, kommerzielles Licht, szenografisches Licht und die Anpassung von bestehenden Beleuchtungen festgelegt. Für letzteres ist eine Übergangsfrist von zehn Jahren definiert. Ohne den parallelen Erlass eines „Plan Lumière“ und die Zurverfügung-Stellung der nötigen finanziellen Mittel bleibt ein Reglement jedoch im Wesentlichen wirkungslos. Im Zusammenhang mit einem Lichtkonzept für die Stadt Wil ist darauf hinzuweisen, dass der Stadtrat bereits beim Projekt „Gestaltung des Hofplatzes“ zur Erkenntnis gelangte, dass eine gute Beleuchtung massgeblich zur Aufwertung des öffentlichen Raums beiträgt und gerade an diesem Ort angepasst werden sollte. Der vom Stadtrat beantragte Betrag von Fr. 200'000.-- für den bedeutendsten Platz in der Stadt Wil wurde vom Stadtparlament am 24. September 2009 nicht bewilligt.

Das Büro Feddersen & Klostermann, welches führend für die Erstellung von Lichtkonzepten in der Schweiz ist, schätzt die Kosten für ein Lichtkonzept Stadt Wil auf Fr. 50'000.-- bis Fr. 70'000.--. Dies entspricht auch ähnlichen Vorhaben in den Städten Thun und Burgdorf. Darin enthalten ist auch eine einfache Vernehmlassung eines Konzeptentwurfs über das Stadtzentrum/Altstadt. Nicht enthalten sind Kosten für sogenannte Pilotprojekte.

Von anderen Städten sind keine verlässlichen, gesamthaften Realisierungskosten verfügbar und ein entsprechender Vergleich ist somit direkt nicht möglich. Trotzdem hat die Abteilung Stadtplanung des Departements Bau,

Umwelt und Verkehr eine Grobkosten-Schätzung erstellt, welche einen Gesamtaufwand in etwa aufzeigt. Die Liste der Projekte ist je nach Ergebnis eines entsprechenden Lichtkonzepts nicht abschliessend. Die Zusammenstellung sieht wie folgt aus:

Kostenpositionen (in Fr.)	Konzept, Planung	Umsetzung
Lichtkonzept Stadtzentrum / Altstadt	70'000.00	
Ausführungs-Handbuch „kommerzielles“ Licht	50'000.00	
Hofplatz (Projekt 2009, Referenzgrösse)		200'000.00
Pilotprojekt übrige Altstadt (Wettbewerb)	150'000.00	800'000.00
Pilotprojekt Umfeld Bahnhof (Schwanen – Post)	150'000.00	900'000.00
Projekte Vorstadt	100'000.00	500'000.00
Projekt Stadtzentrum (Rösslikreisel – Bleicheplatz)	150'000.00	900'000.00
Projekt Zentrum Bronschhofen	50'000.00	300'000.00
Projekt Rossrüti	30'000.00	200'000.00
Projekt Stadtweier	80'000.00	400'000.00
Total Kosten	830'000.00	4'200'000.00

In diesen Kosten sind die jährlichen Aufwendungen für die Beratung Privater und der Vollzug eines Reglements nicht enthalten.

Um ein Lichtkonzept erfolgreich umsetzen zu können, sollten die Pilot- und Hauptprojekte in einem Zeitraum von rund sechs Jahren realisiert werden. Wie aus der Zusammenstellung erkennbar wird, erfordert die Umsetzung eines Lichtkonzepts beträchtliche Mittel, die zuerst in die Investitionsplanung aufgenommen werden müssten. Sie kann deshalb nicht, wie vom Motionär gewünscht, einfach so in den laufenden Planungsprozess integriert werden. Der kommunale Richtplan enthält bereits Aussagen zur Aufwertung des öffentlichen Raums (S 9.1) und dafür ist im Investitionsplan ein entsprechender Betrag (Kto. 7900.52900.127, Fr. 200'000.–) angezeigt, allerdings erst für den Zeitraum nach 2017.

Aus Sicht des Stadtrats ist, aufgrund des Dargelegten und der generellen finanziellen Lage, der Zeitpunkt nicht gegeben, nun umgehend ein Lichtkonzept für die Stadt Wil (Plan Lumière) ausarbeiten zu lassen. Der Stadtrat ist aber bereit, Lichtkonzepte bei bedeutenden Gestaltungsprojekten des öffentlichen Raums, wie etwa den Bahnhofplatz mit Busbahnhof, in die Projektierungsüberlegungen miteinzubeziehen, analog zum Beispiel Hofplatz.

c) Stellungnahme des Motionärs und Diskussion

Licht sei ein Thema, das bewege, so **Urs Etter (FDP)**. Die moderne Gesellschaft brauche Licht und sei dabei auch auf künstliches Licht angewiesen, weshalb diesem Thema eine hohe Aufmerksamkeit gewidmet werden solle. Eine sorgfältige und professionelle Lichtplanung habe Einfluss auf sehr viele Lebensbereiche – von der Sicherheit über die Wohnlichkeit bis hin zum Standortmarketing und zur Attraktivität der Stadt Wil. Es sei «höchste Zeit, sich gesamthaft Gedanken zu machen über das Licht im öffentlichen Raum»: Wo solle wie viel Licht sein, wie sei es auszugestalten, wie viel dürfe es kosten? Diese und weitere Fragen seien nicht isoliert, sondern in ihrem Zusammenhang und über das ganze Stadtgebiet betrachtet zu beantworten – ansonsten entstehe ein Flickwerk. Der Stadtrat lehne es mit seinem Antrag auf Nicht-Erheblicherklärung aber ab, diese Fragen konzeptionell anzugehen. Er sei vom Stadtrat enttäuscht, hielt Urs Etter fest. Er beantrage deshalb die Erheblicherklärung des Vorstosses, um diesem wichtigen Thema das angemessene Gewicht beizumessen.

Stadtrat Marcus Zunzer (Vorsteher des Departements Bau, Umwelt und Verkehr) hielt fest, dass ein solcher «Plan Lumière» bezüglich Stadtplanung auf einer ganz hohen Ebene angesiedelt sei. In der Schweiz gebe es

nur ganz wenige Städte, die sich auf dieser Ebene bewegen würden und solche Pläne oder Konzepte erarbeitet hätten. Diese hohe Ebene bedeute aber auch, dass einerseits die Erarbeitung des Lichtkonzeptes, andererseits aber auch die Umsetzung dieses Konzeptes in konkreten Projekten hohe finanzielle Aufwendungen mit sich bringen würde – vor dem finanziellen Hintergrund der Stadt Wil sei dies derzeit nicht tragbar. Vorerst nur einmal das Konzept alleine zu erstellen, wie es der Vorstoss fordere, sei dabei wenig sinnvoll – der Nutzen eines blossen Konzeptes ohne die Umsetzung der daraus resultierenden Projekte sei sehr gering. Daher bekräftige er den Antrag des Stadtrats, die Motion nicht erheblich zu erklären.

Die SP-Fraktion sei sich noch «uneins» hinsichtlich der Erheblich- oder Nicht-Erheblicherklärung des Vorstosses, hielt **Silvia Ammann (SP)** einleitend fest: Licht sei auf der einen Seite ein wesentlicher Aspekt bezüglich Lebensqualität und Stadtattraktivität, auf der anderen Seite gebe es in Wil aber zahlreiche andere Anliegen, welche ihnen dringlicher und wichtiger erschienen als ein solches Lichtkonzept. Insbesondere angesichts der finanziellen Situation der Stadt und der in Aussicht gestellten Kosten für einen solchen «Plan Lumière» sei dies zu beachten. «Angesichts der Kosten hat es uns wortwörtlich abgelöscht.» Es gebe zudem noch offene Fragen in der Stellungnahme des Stadtrats. Klar sei aber, und da gehe sie mit Stadtrat Marcus Zunzer einig, dass ein Konzept ohne eine nachfolgende Umsetzung von Projekten wenig sinnvoll sei.

Es gebe Machbares und Wünschbares, führte **Ruedi Schär (CVP)** namens seiner Fraktion aus. Ein «Plan Lumière» sei eindeutig etwas nichts Zwingendes und als solches im Bereich des Wünschbaren anzusiedeln. Die CVP-Fraktion unterstütze daher den Antrag des Stadtrats auf Nicht-Erheblicherklärung.

Mario Breu (FDP) hielt fest, dass es ihn beim ersten Durchlesen angesichts der in der Stellungnahme des Stadtrats aufgelisteten Kosten von über vier Millionen «fast aus den Socken gehauen habe». Bei einem zweiten Blick stelle sich aber die Frage, ob die aufgelisteten Kosten bei einer Umsetzung mit oder ohne Konzept gerechnet seien – und wie die Kosten denn wären, wenn Licht-Projekte gänzlich konzeptlos umgesetzt würden. Denn die Praxis zeige immer wieder, dass mit einem Konzept zwar Konzeptkosten anfallen – bei konzeptlosem Vorgehen und einer «unkoordinierten Pflasterlipolitik» werde es letztlich aber meistens noch teurer.

Auf den ersten Blick sei seine Fraktion vor allem über die im Bericht genannten sehr hohen Kosten von mehreren Millionen erschrocken, hielt **Daniel Gerber (glp)** fest. Dabei könne bei einem genaueren Blick aber der Eindruck entstehen, dass der Stadtrat ganz bewusst viele hohe Zahlen genannt habe, um abzuschrecken und nichts machen zu müssen. Er sei aber überzeugt, dass es für ein solches Lichtkonzept nicht nur diese teure Lösung, sondern auch günstigere Varianten gebe, welche eine nutzbare, wertvolle Grundlage bieten würden. Andere Städte hätten hierbei bereits wertvolle Arbeit geleistet, welche sich die Stadt Wil zu Nutze machen könne. Die glp-Fraktion spreche sich daher für die Erheblicherklärung der Motion aus. Zudem gehe es heute nicht darum, einem Kredit von über vier Millionen zuzustimmen, sondern lediglich einem vernünftigen Konzept.

Guido Wick (GRÜNE prowil) machte einleitend beliebt, in der Motion ein Kostendach «wesentlich unter 100'000 Franken» einzufügen – dann wäre auch seine Fraktion bereit, den Vorstoss zu unterstützen. So dann bezog er sich auf das in der stadträtlichen Stellungnahme angeführte Beispiel des Hofplatzes, dessen Beleuchtung das Parlament seinerzeit abgelehnt habe. Dieses Beispiel sei nicht angebracht – schliesslich beziehe sich ein «Plan Lumière» nicht alleine auf die Altstadt, sondern auf die ganze Stadt Wil. Sowieso gehe es nicht an, stets nur die Altstadt aufzuwerten und zu verschönern – während andere Stellen der Stadt weit weniger prächtig und sicherlich keine Aushängeschilder seien, ganz im Gegenteil. In diesem Sinne sehe die Fraktion GRÜNE prowil zahlreiche Gebiete und Quartiere mit höherem Handlungsbedarf.

Er sei «erstaunt über den Verlauf dieser Diskussion», hielt **Mario Schmitt (SVP)** fest: «Wir haben schlicht nicht die Mittel für ein solches Konzept und dessen Umsetzung, weshalb ich inhaltlich gar nicht auf dieses

Thema eingehen möchte» Er spreche sich klar dafür aus, Wünschbares von Notwendigen zu trennen und daher die Motion nicht erheblich zu erklären.

Es gebe sicherlich gute Gründe für und gegen die vorliegende Motion, so **Reto Gehrig (CVP)**. Er spreche sich aber dagegen aus, die Motion erheblich zu erklären, wenn gleichzeitig einen sehr tiefes Kostendach dafür festgelegt wird: «Soll ein solches Konzept wirklich umfassend und über das ganze Stadtgebiet erarbeitet werden, braucht es einen realistischen finanziellen Rahmen, sonst entsteht ein gänzlich unbefriedigendes Ergebnis.»

Urs Etter (FDP) warnte davor, Konzept und Projekte zu mischen. Sein Vorstoss ziele alleine auf ein Konzept ab – dieses könne dann für zukünftige konkrete Projekte und Bauvorhaben wie etwa der Gestaltung des Bahnhofplatzes als Richtschnur herangezogen werden. Dieses konzeptionelle Vorgehen helfe, Kosten zu sparen, indem schon gewisse Grundlagen vorgängig erarbeitet werden. Ein Kostendach wie von Guido Wick angeregt begrüsse er – er gehe davon aus, dass eine Summe von 80'000 Franken sicherlich ausreiche.

Die grundlegende Trennung von Konzept und Projekten sei nachvollziehbar und leuchte ihm ein, so **Kilian Meyer (SP)**. Werde vorgängig ein Konzept erarbeitet, so könne dies als wertvolle Grundlage genutzt werden. Er mache daher beliebt, den Vorstoss erheblich zu erklären mit einem Kostendach – wobei er den Betrag von 80'000 Franken an sich zu hoch finde.

Stadtrat Marcus Zunzer zeigte auf, dass heute Abend nicht ein konkreter Betrag im Zentrum stehe – es gehe vorerst lediglich darum, die Motion erheblich zu erklären oder nicht. In der Berichterstattung des Stadtrats würde dann ein konkreter Betrag beantragt. Die Möglichkeit zur strikten Trennung von Konzept und Umsetzung bezweifelte er – das eine sei wirkungsvoll nicht ohne das andere zu haben.

Das Konzept ohne Umsetzung erachte er als weniger problematisch als eine Umsetzung ohne Konzept – was daraus resultiere, könne man sich ja anhand des Beispiels der Verkehrsplanung in dieser Stadt ausmalen, kritisierte **Adrian Bachmann (FDP)**. Er machte beliebt, auf ein Kostendach zu verzichten – ein solcher Betrag lasse sich hier und heute nicht abschätzen. In die gleiche Kerbe schlug **Ruedi Schär (CVP)**: Ein solches Kostendach sei nicht fundiert und schaffe Probleme. Ganz grundsätzlich mache er beliebt, dem Vorgehensvorschlag des Stadtrats zu folgen und auf ein grundlegendes Konzept zu verzichten, aber bei konkreten Projekten ein ganz bewusstes Augenmerk auf das Thema Licht zu legen.

In der Diskussion könne der Eindruck entstehen, es gebe entweder einen «Plan Lumière» oder sonst gar nichts, hielt **Christoph Hürsch (CVP)** fest. Diese «alles oder nichts»-Situation sei indes nicht gegeben – vielleicht gebe es ja noch andere Dinge oder Lichtkonzepte als nur einen solchen expliziten «Plan Lumière». Er spreche sich daher für die Nicht-Erheblicherklärung der Motion aus.

Marianne Mettler (SP) sprach sich ebenfalls gegen einen «Plan Lumière» aus – dieser setze für die Planer von künftigen Projekten ein zu enges Korsett. Zudem würden die Mittel für die Umsetzung eines solchen Konzeptes fehlen, sodass es wenig wirkungsvoll bliebe. Es sei ihrer Meinung nach sinnvoller, im Rahmen einzelner konkreter Bauprojekte das Thema Licht jeweils zu berücksichtigen. Daher folge sie dem Antrag des Stadtrats und spreche sich für Nicht-Erheblicherklärung der Motion aus.

Guido Wick (GRÜNE prowil) machte dem Motionär Urs Etter beliebt, seinen Vorstoss zurückzuziehen oder in ein Postulat umzuwandeln – damit eröffne er die Möglichkeit, das Thema noch einmal in einer neuen Art und Weise ins Parlament einzubringen respektive dem Stadtrat zu unterbreiten.

Er sei immer noch der Meinung, dass ein «Plan Lumière» für eine Stadt in der Grösse von Wil nicht «nice to have», sondern notwendig und hilfreich sei, hielt **Urs Etter (FDP)** fest. Er ziehe seine Motion nicht zurück, sondern beantrage die Umwandlung in ein Postulat.

d) Abstimmungen

1. Antrag Urs Etter (FDP): Umwandlung der Motion in ein Postulat mit folgendem Wortlaut: «Der Stadtrat sei zu beauftragen, dem Parlament einen Bericht zur Ausarbeitung eines Gesamtkonzeptes für die Beleuchtung des öffentlichen Raumes „Lichtkonzept für die Stadt Wil“ zu unterbreiten.»

Der Antrag wurde mit 22 Ja- zu 15 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen angenommen. Das Postulat ist damit überwiesen.

Kommissionsbestellung

An der heutigen Sitzung des Stadtparlaments wurden keine Kommissionen bekannt gegeben.

Parlamentarische Vorstösse

An der heutigen Sitzung des Stadtparlaments wurden keine parlamentarischen Vorstösse eingereicht.

Schluss der Sitzung

Präsident Michael Sarbach schloss die heutige Sitzung um 20.45 Uhr.